

# 1 Das Konzept Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist „ein historischer Begriff von bemerkenswerter Schwammigkeit“ (Negt/Kluge 1972: 17). Schwierig scheint es überdies, eine neutrale Begriffsbeschreibung zu finden, wenn man bedenkt, dass

‘Öffentlichkeit’ [...] einer jener revolutionären Begriffe des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts [ist], die durch die Aufklärungsphilosophie zu Kampfinstrumenten der politischen Propaganda geschmiedet worden sind: seitdem gilt Öffentlichkeit als ein entscheidendes Kriterium zumindest der politischen Vernunft, wenn nicht der Vernunft überhaupt [...]. Denn Öffentlichkeit ist das soziale Medium, in dem sich die politische Autorität nicht nur legitimieren, sondern auch – und dies ist ein spezifischer Zug der modernen Welt seit dem 18. Jahrhundert – allererst bilden soll. (Hölscher 1979: 7)

Als ein zentrales demokratietheoretisches Konzept ist Öffentlichkeit zumeist normativ aufgeladen. Die Frage nach dem Wesen von Öffentlichkeit wird explizit oder implizit immer von der Frage nach Gestalt und Inhalt einer ‚guten‘ bzw. demokratischen Öffentlichkeit begleitet. Die Antworten darauf fallen in Abhängigkeit zu dem jeweils zugrunde liegenden Demokratiemodell unterschiedlich aus.

Zunächst wird Öffentlichkeit auf einer weitgehend analytisch-deskriptiven Ebene dargestellt, um vor diesem Hintergrund unterschiedliche normative Konzeptionen zu erläutern. Die Potentiale neuer Formen politischer Öffentlichkeit im Internet können meiner Meinung nach nur in einem relativen Sinn bestimmt werden. Sie hängen davon ab, welches Konzept von Öffentlichkeit als Maßstab gewählt wird. Für diese Arbeit ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Maßstäbe zu bestimmen, die in der wissenschaftlichen Debatte an das Konzept Öffentlichkeit angelegt werden. Dabei gilt es Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, um einen adäquaten Hintergrund für die Untersuchung von Online-Öffentlichkeit zu schaffen.

## 1.1 Die analytisch-deskriptive Ebene von Öffentlichkeit

Rein begrifflich bezeichnet Öffentlichkeit Eigenschaften wie ‚offen‘ und ‚öffentlich‘, wobei diese Merkmale zunächst nur vage Qualifizierungen sind und der Gegenstand durch den Begriff noch nicht näher definiert wird. Es ist nicht unmittelbar ersichtlich, worauf sich dieses Attribut bezieht, im Gegensatz z.B. zum Begriff der ‚öffentlichen Meinung‘. Öffentlichkeit ist somit nur ein von seinem Gegenteil her bestimmbarer Begriff: Öffentlichkeit ist weder geschlossen, weder geheim noch privat.

Plake et al. (2001: 18ff.) unterscheiden drei Bedeutungsebenen des Öffentlichkeitsbegriffs: (a) Vorgänge von allgemeinem Interesse, (b) Kommunikation, die sich an alle richtet und (c) Zugangsoffenheit von Räumen und Plätzen.

Öffentlichkeit, die sich auf Vorgänge von allgemeinem Interesse bezieht, bezeichnet Ereignisse, die die Aufmerksamkeit eines Publikums erregen. Je nach Ausrichtung der Interessen können mehrere Öffentlichkeiten unterschieden werden, beispielsweise die akademische Öffentlichkeit, die Theateröffentlichkeit oder die parlamentarische Öffentlichkeit. Die Voraussetzung für die Konstitution von Öffentlichkeit auf dieser Bedeutungsebene ist, dass das potentielle Publikum nicht daran gehindert wird, diesen Vorgängen beizuwohnen. Ausschlaggebend für die Bezeichnung eines Ereignisses als öffentlich bzw. als Öffentlichkeit konstituierend sind somit weniger die Protagonisten des Ereignisses, als vielmehr das Publikum. „Öffentlich sind Vorgänge also durch Zuschauer, Zuhörer, durch Zeugen, Vermittler und Kommentatoren.“ (Plake et al. 2001: 18)

Wird Öffentlichkeit begrifflich auf Kommunikation bezogen, die sich an alle richtet, umschließt sie sowohl direkte als auch medial vermittelte Kommunikation. Der Aspekt des Öffentlichen drückt auch hier primär aus, dass es keine prinzipiellen Zugangsbeschränkungen gibt. Die ausgetauschten Mitteilungen – im Rahmen direkter Interaktion oder medialer Vermittlung – sind nicht geheim, sondern stehen der prinzipiellen Verbreitung zur Verfügung. Es existiert somit keine Beschränkung des Adressatenkreises.

Schließlich geht es auch beim Öffentlichkeitsbegriff, der sich auf die Zugangsoffenheit von Räumen und Orten bezieht, vor allem um das Prinzip der Offenheit. Bei öffentlichen Räumen und Plätzen handelt es sich somit um Orte, zu denen jeder Zugang hat,

die jeder kennt, die man gelegentlich aufsucht, um sie zu nutzen oder seinen Willen zu bekunden, möglicherweise auch um Einrichtungen, von denen jeder Gebrauch machen kann, damit aber auch um mehr oder weniger verdichtete soziale Strukturen. Schließlich geht es um formalisierte Vorgänge, die an bestimmten Orten (und zu bestimmten Zeiten) stattfinden, um hinsichtlich der Verfahrensvorschriften kontrolliert werden zu können. (Plake et al. 2001: 20)

Das ausschlaggebende Öffentlichkeit konstituierende Element – ob als Ereignis, als Kommunikation oder Raum – ist somit die freie Zugänglichkeit bzw. die „prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums“ (Habermas 1990: 98). Die *faktische* Zugänglichkeit ist nicht zwangsläufig entscheidend.

Der Begriff der ‘Öffentlichkeit’ ist von einem grundsätzlichen Widerspruch gekennzeichnet, der sich lediglich temporal auflösen lässt: einerseits ist die Öffentlichkeit ihrem Wesen nach unbegrenzt, so dass soziale Verbände, die sich nach außen abschließen, diesen Namen eigentlich nicht verdienen. Andererseits ist Öffentlichkeit einer Handlung, eines Ereignisses usw., d.h. die Zahl derer, die daran teilhaben, faktisch immer begrenzt – und zwar sowohl nach außen zur nicht beteiligten Umwelt hin wie auch nach innen durch Regeln und Strukturen, die jeder soziale Verband seinem internen Kommunikationsgefüge setzt. (Hölscher 1979: 136)

In dieser Arbeit bezieht sich der Öffentlichkeitsbegriff ausschließlich auf politische Öffentlichkeit. In einer deskriptiven Perspektive besteht diese „aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen, deren Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in dem sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu *politischen Themen* äußern“ (Gerhards 1998: 695), oder in den Worten von Bennett und Entman (2001: 2f.): „The public sphere is comprised of *any and all locations, physical or virtual, where ideas and feelings relevant to politics are transmitted or exchanged openly.*“

In beiden Definitionen wird angedeutet, dass sich Öffentlichkeit auf verschiedenen Ebenen konstituieren kann. Gerhards und Neidhardt (1991: 49ff.) unterscheiden je nach Menge der Teilnehmer und dem Grad der strukturellen Verankerung drei Öffentlichkeitsebenen: eine Encounter-Öffentlichkeit, eine Versammlungs-Öffentlichkeit und eine massenmediale Öffentlichkeit.

Mit dem Begriff Encounter-Öffentlichkeit, der sich an Goffman (1961) anlehnt, beschreiben Gerhards und Neidhardt kleine Öffentlichkeiten, die sich immer dann bilden, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft mehr oder weniger zufällig aufeinander treffen und miteinander

kommunizieren, z.B. im Zug, in Geschäften, in Gaststätten oder auf dem Marktplatz. Solche Formen von Öffentlichkeiten entstehen mehr oder weniger zwangsläufig, wenn sich Unbekannte bei unterschiedlichen Gelegenheiten treffen und miteinander kommunizieren. Typisch für Encounter-Öffentlichkeiten ist ihre Kurzlebigkeit und relative Strukturlosigkeit. Die Themen fluktuieren und durch die wechselnde Teilnehmerschaft ändert sich der Meinungsstand ständig. Gleichzeitig sichert ihre Voraussetzungslosigkeit eine hohe Offenheit und Umweltsensibilität, wodurch eine relativ spontane Informationssammlung möglich ist.

Versammlungs-Öffentlichkeiten sind öffentliche, thematisch zentrierte Interaktionssysteme und damit sozial deutlich voraussetzungsvoller. Im Gegensatz zu den Encounter-Öffentlichkeiten beruhen sie auf einer klaren Rollenverteilung nach Veranstaltern, Referenten oder Diskussionsleitern, sowie nach Teilnehmern bzw. Publikum. Das Thema steuert die Auswahl der Referenten und die Rekrutierung der Teilnehmer.

Massenmediale Öffentlichkeit ist die strukturell voraussetzungsreichste Form von Öffentlichkeit und basiert, wie der Name bereits impliziert, auf Massenkommunikation. Maletzke (1963) beschreibt Massenkommunikation in seiner mittlerweile klassischen Definition als jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen:

- *öffentlich* (ohne begrenzte und personell definierte Empfängerschaft),
- *durch technische Verbreitungsmittel* (Medien),
- *indirekt* (bei räumlicher, zeitlicher oder raumzeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern),
- und *einseitig* (ohne Rollenwechsel zwischen Aussagenden und Aufnehmenden),
- *an ein disperses Publikum* (ein sich von Fall zu Fall bildendes Publikum, räumlich voneinander getrennter, nicht interagierender Individuen oder Gruppen) vermittelt werden.

Im Gegensatz zu Encounter- und Versammlungsöffentlichkeiten ist massenmediale Öffentlichkeit keine Präsenzöffentlichkeit, sondern wird erst durch Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen und neuerdings auch Internet) hergestellt. Öffentlichkeit ist auf diese Weise schon von der Eigenart des Mediums her gegeben. Was von den Medien aufgegriffen und berichtet wird, gilt als ‚veröffentlicht‘. In modernen demokratischen Gesellschaften ist die massenmediale Öffentlichkeit die wichtigste Form politischer Öffentlichkeit. Über „die Massenmedien wird Öffentlichkeit zu einer dauerhaft bestimmenden gesellschaftlichen und

politischen Größe.“ (Neidhardt 1994: 10) Auf die Bedingungen massenmedialer Öffentlichkeiten in modernen demokratischen Gesellschaften wird in Kapitel 2 ausführlicher eingegangen.

Von Öffentlichkeit ist der Begriff der öffentlichen Meinung zu unterscheiden. Öffentliche Meinung kann sich in Öffentlichkeitsarenen generieren, wenn Fokussierungen auf bestimmte Themen und Übereinstimmungen in den Meinungsäußerungen zu diesen Themen entstehen. „In diesem Fall einer Arenenkonsonanz sind ‚öffentliche Meinungen‘ entstanden – öffentliche Meinungen als herrschende Meinungen unter den Öffentlichkeitsakteuren, also denen, die das Publikum wahrnehmen kann.“ (Neidhardt 1994: 7) Öffentliche Meinung ist somit nicht zu verwechseln mit der Bevölkerungsmeinung, die das demoskopisch erhobene statistische Aggregat von Einzelmeinungen wiedergibt.

In dem bisher beschriebenen Sinne ist Öffentlichkeit noch keine demokratische Größe. Sie findet in vielen Gesellschafts- und Staatsformen statt – ob demokratisch, sozialistisch, kommunistisch oder anarchistisch. Seine normative Ladung erhält der Begriff Öffentlichkeit erst durch seine Verknüpfung mit dem Konzept der Demokratie.

## **1.2 Normative Öffentlichkeitsmodelle und demokratietheoretische Hintergründe**

Der ursprüngliche Anspruch an Demokratie, dass das Volk der sich selbst regierende Souverän ist und die letztendliche Entscheidungsbefugnis innehat, musste bei der Herausbildung moderner und komplexer Gesellschaften fallen gelassen werden. Die große räumliche Distanz zwischen den einzelnen Teilen der Gesellschaft und die Größe der Bevölkerungen machen es der Gesamtheit des Volkes unmöglich, regelmäßig zusammenzukommen, um über die anliegenden und notwendigen Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft des Gemeinwesens zu beraten und abzustimmen. Aus diesem Grund hat sich in Demokratien der Gegenwart das demokratische Repräsentationsprinzip durchgesetzt. Die Entscheidungsbefugnis wird vom wahlberechtigten Volk an eine Gruppe von Menschen übertragen, die in ihrer jeweiligen spezifischen Zusammensetzung die repräsentativen Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates bilden. Durch freie,

allgemeine, geheime und gleiche Wahl wird dem legitimatorischen Problem begegnet, das sich aus dem Widerspruch zwischen dem demokratischen Anspruch einer Volksherrschaft und der Notwendigkeit der Delegation der politischen Macht in die Hände einer geringen Anzahl politischer Repräsentanten ergibt. Das Volk kann in periodischen Abständen darüber entscheiden, ob seine Interessen hinreichend vertreten wurden und ob sich die gewählten Repräsentanten als vertrauenswürdig erwiesen haben. Je nachdem wird das Volk den bisherigen Repräsentanten das Mandat weiter zugestehen oder neue Repräsentanten bestimmen. Damit das Volk diese Entscheidung treffen kann, bedarf es der Transparenz und der Offenheit des politischen Systems und eines kommunikativen Austausches zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten. Den primären metaphysischen Ort dieses informativen und kommunikativen Austausches zwischen Volk und Repräsentanten bildet die Öffentlichkeit. Dadurch ist die Verwirklichung des Prinzips ‚Demokratie‘ substantiell an die Verwirklichung des Prinzips ‚Öffentlichkeit‘ gekoppelt. Öffentlichkeit „ist der Ort, an dem sich ‚Demokratie‘ in jeder Hinsicht zeigen und beweisen muss“ (Klier 1990: 23). Sie bildet die Voraussetzung dafür, dass das Volk trotz des Repräsentativsystems seine Souveränität wahrnehmen kann.

Während die zentrale Bedeutung von Öffentlichkeit in modernen Demokratien weitgehend unbestritten ist, scheiden sich die Meinungen darüber, wie sich Öffentlichkeit gestalten muss, damit sie ihre demokratische Funktion erfüllen kann. Die normativen Ansprüche, die an eine demokratische Öffentlichkeit gestellt werden, variieren in Abhängigkeit von der jeweils zugrundeliegenden Vorstellung von Demokratie. Diese Verbindung zwischen Öffentlichkeits- und Demokratietheorie bringen Ferree et al. (2002a: 289) folgendermaßen auf den Punkt: „Democratic theory focuses on accountability and responsibility in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in facilitating or hindering this process.“

Im Folgenden werden vier Traditionen innerhalb der Demokratietheorie in ihren unterschiedlichen Konzeptionen von Öffentlichkeit dargestellt.<sup>4</sup> Die Ausführungen lehnen sich an die Darstellung von Ferree et al. (2002a) an und übernehmen ihre Einteilung in

---

<sup>4</sup> Demokratietheorien können zunächst nach normativen und empirischen Lehren unterschieden werden (vgl. Schmidt 2000: 15). In normativen Demokratietheorien werden Ist-Zustände kritisch beleuchtet und Soll-Zustände formuliert. Empirische Demokratietheorien hingegen dienen hauptsächlich dazu, existierende Demokratien zu beschreiben und besondere Eigenheiten zu erklären (z.B. Parlamentarische Demokratie, Präsidentielle Demokratie oder Konkordanzdemokratie). Die kontroverse Debatte darüber, wie eine ‚gute‘ bzw. demokratische Öffentlichkeit aussehen muss, entfacht sich dem Gegenstand entsprechend vornehmlich zwischen verschiedenen normativen Ansätzen, auf welche sich die folgenden Ausführungen konzentrieren.

repräsentativ-liberale, partizipatorisch-liberale, deliberative<sup>5</sup> und konstruktionistische Demokratietheorien bzw. Öffentlichkeitsmodelle. Für die Frage, ob das Internet demokratischere Formen von Öffentlichkeit fördert als die herkömmlichen Medien, ist es von zentraler Bedeutung zu klären, welche normativen Vorstellungen von Öffentlichkeit die Betrachtung leitet.

### 1.2.1 Repräsentativ-liberale Modelle

Unter repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsmodellen werden hier solche Ansätze zusammengefasst, die zum einen auf zwei unterschiedlichen Traditionen der Demokratietheorie beruhen: der Elitentheorie und der Pluralismustheorie. Zum anderen wird hier auf systemtheoretische Konzeptionen liberaler Öffentlichkeit eingegangen. Letztere verbinden Öffentlichkeit weniger mit der Beschreibung eines demokratischen politischen Systems, sondern beziehen sich in erster Linie auf Strukturfragen des engeren politischen Systems. Die Funktion von Öffentlichkeit innerhalb einer demokratischen Gesellschaft wird dabei nicht ausführlich thematisiert (Gerhards 1997: 9).

Die demokratische Elitentheorie<sup>6</sup> beruht auf der Annahme, dass die durchschnittlichen Bürger schlecht informiert seien, kein wirkliches Interesse an politischen Angelegenheiten hätten und grundsätzlich nur unzureichend für eine aktive politische Teilhabe gerüstet seien. „So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Art und Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde.“ (Schumpeter 1993: 416) Zwar werden die Bürger als der ultimative Souverän im Staat betrachtet, für eine funktionierende Demokratie sei es jedoch weder notwendig noch wünschenswert, dass sie aktiv am politischen Prozess teilnehmen. Die Rolle des Volkes solle sich weitgehend darauf beschränken, durch periodische Wahlen verantwortungsvolle und rechenschaftspflichtige Repräsentanten zu bestimmen.

---

<sup>5</sup> Ferree et al. (2002a) bezeichnen in ihrer Unterscheidung die Ansätze, die ich unter deliberativen Demokratietheorien zusammenfasse, als diskursive Ansätze. Ich verwende hier den Begriff deliberative Demokratietheorien, um den normativen Anspruch eines herrschaftsfreien, auf rationalen Argumenten beruhenden Diskurses, von anderen Formen des Diskurses abzugrenzen.

<sup>6</sup> Die Elitentheorien der Demokratie entwickelten sich insbesondere mit den Arbeiten von Weber (1922, 1924) und Schumpeter (1993). Neuere Arbeiten, die sich auf das Konzept der Elitentheorie beziehen sind z.B. Downs *Ökonomische Theorie der Demokratie* (1968), Kornhauser *The Politics of Mass Society* (1960) oder Satoris *Demokratietheorie* (1992).

Die Pluralismustheorie der Demokratie hat ihre Wurzeln in der Entdeckung des sozialen Pluralismus am Ende des 18. Jahrhunderts. Sie fand ihren Ausdruck beispielsweise in den Werken von Hamilton et al. (1961), Mill (1961) und de Tocqueville (1959).<sup>7</sup> Die Grundannahme liegt darin, dass die in der menschlichen Natur verwurzelte Verschiedenartigkeit der Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten zur Ausbildung verschiedener Interessengruppen und Parteien führe. Dabei sollen auch hier die gewählten Repräsentanten des Volkes die Gruppe in der Gesellschaft konstituieren, die mit letztendlicher Entscheidungsmacht ausgestattet ist. Allerdings steht der Aspekt der demokratischen Führung hier nicht so stark im Zentrum wie bei den Elitentheorien. Als letzte Entscheidungsinstanz sollten die Eliten vielmehr die von Interessengruppen und Parteien geformten öffentlich artikulierten Meinungen aufnehmen und diskutieren. Es geht somit „sowohl um den Aspekt der politischen Führung, aber eben auch um ‚Responsivität‘, d.h. der prinzipiellen Offenheit des politischen Systems für die kommunikativ geäußerten Anliegen, Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen des ‚Demos‘“ (Beierwaltes 1999: 124).

In beiden demokratiethoretischen Traditionen wird Politik als dauerhafter Konkurrenzkampf der politischen Eliten um die Unterstützung des wählenden Volkes verstanden. Die Aufgabe der Öffentlichkeit bestehe primär darin, die Transparenz des politischen Prozesses zu gewährleisten: Zum einen, damit die Bürger genug Informationen über die Regierung, die Parteien und die Kandidaten erhalten, um eine rationale Wahl treffen zu können (vgl. z.B. Downs 1968: 75-200); Zum anderen, um die Kontrolle der Eliten durch das Volk zu gewährleisten (vgl. z.B. Sartori 1992: 181). Dementsprechend solle sich der Kreis der Öffentlichkeitsakteure auf diejenigen Personen beschränken, die in den Institutionen des politischen Systems Verantwortung übernommen haben und dadurch gegenüber dem Volk rechenschaftspflichtig seien und auf solche, die in einem relevanten Umfang gesellschaftliche Interessen organisieren und repräsentieren. Das Ausmaß, in dem den einzelnen Akteuren Zutritt zur Öffentlichkeit gewährleistet wird, solle sich bei Parteien in einem Proportionalitätsverhältnis zum Anteil ihrer Wählerstimmen gestalten. Bei anderen relevanten gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden habe sich der Umfang des Zutritts zur Öffentlichkeit an der Größe ihrer Mitgliederbasis zu orientieren. Zusätzlich sollten Experten zu den jeweiligen Sachfragen mit einbezogen werden, vor allem um den Repräsentanten auf der Basis von Fachwissen rationale Entscheidungen zu ermöglichen. Der

---

<sup>7</sup> Als Begründer der modernen Pluralismustheorie der Demokratie gilt Bentley (1967), der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Rolle von Assoziationen im politischen Prozess beschäftigt hat. Einer der wichtigsten europäischen Vertreter ist Fraenkel (1973, 1991).

Kommunikationsstil, der in der Öffentlichkeit gepflegt wird, müsse sich vor allem durch Sachlichkeit, Vernunft, Respekt und Höflichkeit auszeichnen (Ferree et al. 2002a: 293f.).

Öffentlichkeit wird hier als etwas Herzustellendes begriffen, das in erster Linie den politischen Eliten obliegt (Beierwaltes 1999: 79). Sie diene nicht der Herstellung von Konsens- oder Mehrheitsentscheidungen. Dies sei Aufgabe der repräsentativen Entscheidungsinstanzen des politischen Systems, die durch Wahlen bestimmt und legitimiert seien.<sup>8</sup> Haben die Repräsentanten eine politische Entscheidung getroffen, gäbe es keinen weiteren Bedarf an Debatten und die Öffentlichkeit solle sich anderen Themen zuwenden. Selbst wenn keine Entscheidung getroffen werden konnte, sollten Diskussionen irgendwann beendet werden, bevor sie aufgrund unüberbrückbarer Gegensätze ins Endlose ausufernten. Öffentliche Debatten, die nicht zu einer Entscheidung führten, seien potentiell gefährlich, da sie die Fähigkeit der Entscheidungsträger in Frage stellen würden, den Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden (Ferree et al. 2002a: 294). Weiter dürfte der Öffentlichkeit keine Entscheidungsbefugnis zukommen. Politische Entscheidungen sollten die Öffentlichkeit bzw. die öffentliche Meinung zwar berücksichtigen, allerdings nicht von dieser abhängen.

Neben den demokratietheoretisch begründeten Ansätzen repräsentativ-liberaler Öffentlichkeiten gibt es im Rahmen systemtheoretischer Ansätze vor allem in Deutschland den Versuch, das normative Element der Öffentlichkeit auszuschließen und Handlungen der Akteure durch die Determination des Systems ‚Öffentlichkeit‘ zu erklären (Luhmann 1971, 1990; Marcinkowski 1993; Gerhards 1994; Luhmann 1995). Niklas Luhmanns so genanntes Spiegelmodell von Öffentlichkeit beschreibt diese als „gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme, also aller Interaktionen und Organisationen, aber auch der gesellschaftlichen Funktionssysteme und der sozialen Bewegungen“ (Luhmann 1995: 184). Übertragen auf das gesellschaftliche Funktionssystem Politik, sei Öffentlichkeit „die politiksysteminterne Umwelt politischer Organisationen und Interaktionen“. Öffentlichkeit erlange durch ihre Repräsentation in den Massenmedien ihre funktionale Bedeutung als „ein allgemeines gesellschaftliches Reflexionsmedium, das die Unüberschreitbarkeit von Grenzen und, dadurch inspiriert, das Beobachten von Beobachtungen registriert“ (Luhmann 1995: 185ff.). Damit bestehe die Funktion von Öffentlichkeit in der Ermöglichung der

---

<sup>8</sup> „Grundkonsens (bezüglich der Wertüberzeugungen, die ein Überzeugungssystem strukturieren) ist eine *günstige*, aber keine notwendige Bedingung der Demokratie. Diesen Konsens erreicht Demokratie vielleicht als Endergebnis. Demgegenüber ist der Verfahrenskonsens, insbesondere der Konsens über die Konfliktlösungsregel(n), eine *notwendige Bedingung*, ja eine Vorbedingung der Demokratie.“ (Sartori 1992: 100)

Selbstbeobachtung der Gesellschaft (Marcinkowski 1993: 113ff.).<sup>9</sup> Als eine von Massenmedien getragene Kommunikation Sorge sie dafür, dass die Menschen nicht aneinander vorbei reden, sondern dass sich ihre Aufmerksamkeit auf gemeinsame Themen konzentriert. Es sei nicht Zweck von Öffentlichkeit und Massenmedien, Legitimationsdefizite aufzuarbeiten. Aus systemtheoretischer Perspektive besteht demnach die Hauptfunktion von Öffentlichkeit darin, anschlussfähige Kommunikation zu ermöglichen. Die faktische Verbreitung der Botschaft ist dabei nicht so wichtig wie ihre Veröffentlichung in den Massenmedien, denn diese rechtfertige die Annahme, dass auch die anderen informiert sind.

### 1.2.2 Partizipatorisch-liberale Modelle

Den Anspruch, dass das Volk herrsche und über die eigenen Angelegenheiten entscheide, hat Rousseau wie kaum ein anderer artikuliert. Er betonte die Bedeutung des ‚volonté générale‘ und formulierte das Diktum der Unveräußerlichkeit und der Unteilbarkeit der Souveränität des Volkes.<sup>10</sup> In repräsentativen Demokratien sah er nur defizitäre Varianten derselben (vgl. Beierwaltes 1999: 159). In der Tradition Rousseaus stehende zeitgenössische Ansätze arbeiten mit Konzepten wie ‚expansive democracy‘ (Warren 1992), ‚associative democracy‘ (Hirst 1994) oder ‚strong democracy‘ (Barber 1984).<sup>11</sup>

Partizipatorisch-liberale Demokratietheorien streben nach einer Maximierung der Beteiligung der Bürger an Prozessen politischer Willens- und Meinungsbildung und insbesondere an politischen Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen. Institutionellen Barrieren und vermittelnden Strukturen, die Partizipation nur in einer indirekten Weise zulassen, wird mit

---

<sup>9</sup> Durch die Verbindung system- und akteurstheoretischer Ansätze beschreibt Gerhards (1994: 97ff.), warum es auf der einen Seite für die Bürger und auf der anderen Seite für die politischen Akteure rational ist, die politische Öffentlichkeit zu beobachten. Das substantielle Ziel aller Bürger bzw. Wähler ist es, die Regierungspositionen mit ihren jeweiligen Favoriten zu besetzen. Dazu müssen sich die Wähler informieren, welche Partei ihnen den höchsten Nutzen bringt. Die Beobachtung der politischen Öffentlichkeit über die Massenmedien stellt in diesem Zusammenhang eine rationale Strategie dar, um die Informationskosten zu senken bzw. niedrig zu halten. Das Ziel politischer Akteure ist es, Regierungspositionen zu erreichen. Dazu müssen sie die Nutzenpräferenzen der Wähler berücksichtigen und sich von alternativen Anbietern abgrenzen. „Die in den Medien abgebildeten Interessenartikulationen der Bürger und vor allem ihrer Interessengruppen dienen der Regierung und den Parteien dazu, Themen und Präferenzen der Bürger zu erfahren (...). Die politische Öffentlichkeit dient der Regierung und den Parteien als Ersatzindikator für die Erfassung der Bedürfnispräferenzen des Publikums und die Angebote der anderen Parteien. Insofern ist es für die Regierung und die Parteien rational, die politische Öffentlichkeit zu beobachten.“ (Gerhards 1994: 99)

<sup>10</sup> „Ich behaupte deshalb, dass die Souveränität (...) niemals veräußert werden kann und dass der Souverän, der nichts anderes ist als ein Gesamtwesen, nur durch sich selbst vertreten werden kann; die Macht kann wohl übertragen werden, nicht aber der Wille.“ (Rousseau 1977: 27)

<sup>11</sup> Vergleiche zum Folgenden Ferree et al. (2002a: 295ff.) und Schmidt (2000: 171ff.).

Misstrauen begegnet. Auch im Rahmen partizipatorisch-liberaler Demokratietheorie wird nicht davon ausgegangen, dass in komplexen modernen Demokratien alle Bürger gewillt seien, fortwährend über politische Angelegenheiten zu diskutieren und sich direkt an allen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Notwendigkeit von vermittelnden Akteuren wird vielmehr auch hier gesehen. Diese Funktion wird allerdings nicht vornehmlich politischen Parteien zugesprochen, sondern solchen Organisationen, die auf einer aktiven Teilnahme ihrer Mitglieder beruhen und deren Führung den Mitgliedern gegenüber unmittelbar rechenschaftspflichtig sei.<sup>12</sup> Es wird davon ausgegangen, dass ein gewisser Grad an zentralistischer und bürokratischer Organisation durchaus effektiv sein könne, um eine möglichst große Zahl von Bürgern zur politischen Teilhabe in eigener Sache zu mobilisieren. Bei modernen Parteien sei dies jedoch nicht der Fall, da hier die Durchsetzung politischer Interessen von den Mitgliedern nur an die Partei delegiert würde und sich die Führung stärker den Mitarbeitern als den Mitgliedern verpflichtet fühle. Vielmehr sollten auch Bürgerbewegungen und Basisgruppen eine kontinuierliche Stimme in der Öffentlichkeit darstellen.

Partizipatorisch-liberale Ansätze beruhen auf der Annahme, dass sich Individuen erst durch Partizipation am politischen Prozess zu Bürgern entwickeln. Um die Herausbildung politischer Interessen, Präferenzen und Fähigkeiten auf Seiten der Bürger zu befördern, müsse jeder gleichermaßen die Möglichkeit haben, in der Öffentlichkeit zu Wort zu kommen. Das Ziel ist ein ‚empowerment‘ der Bürger bzw. sie zu einer aktiven Teilnahme am politischen Prozess zu ermächtigen, indem sie lernen, ihre eigenen Interessen zu erkennen, zu formulieren und für sie einzutreten. Eine wichtige Rolle wird in diesem Zusammenhang sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen zugeschrieben, da insbesondere sie in der Lage seien, sozial und politisch benachteiligte Individuen dazu zu mobilisieren, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen.

---

<sup>12</sup> Rousseau selbst stand der Bildung von Interessengruppen ambivalent gegenüber: „Aber wenn Parteiungen entstehen, Teilvereinigungen auf Kosten der großen, wird der Wille jeder dieser Vereinigungen ein allgemeiner hinsichtlich seiner Glieder und ein besonderer hinsichtlich des Staates; man kann dann sagen, dass es nicht mehr soviel Stimmen gibt wie Menschen, sondern nur noch so viele wie Vereinigungen. Die Unterschiede werden weniger zahlreich und bringen ein weniger allgemeines Ergebnis. Wenn schließlich eine dieser Vereinigungen so groß ist, dass sie stärker ist als alle anderen, erhält man als Ergebnis nicht mehr die Summe der kleinen Unterschiede, sondern einen einzigen Unterschied; jetzt gibt es keinen Gemeinwillen mehr, und die Ansicht die siegt, ist nur eine Sonderanschauung. (...) Wenn es aber Teilgesellschaften gibt, ist es wichtig, ihre Zahl zu vervielfachen und ihrer Ungleichheit vorzubeugen, wie dies Solon, Numa und Servius taten. Diese Vorsichtsmaßregeln sind die einzig richtigen, damit der Gemeinwille immer aufgeklärt sei und das Volk sich nicht täusche.“ (Rousseau 1977: 31f.)

Welche Art der Kommunikation diesen Prozess des ‚empowerment‘ am besten befördert ist umstritten. Manche Vertreter partizipatorischer Öffentlichkeitsmodelle setzen auf die mobilisierende Wirkung emotionaler, polemischer oder provozierender Kommunikationsstile, die eine breitere Inklusion von Bürgern in den öffentlichen Diskurs befördern könnten (z.B. Kennedy 1998). Andere vertrauen stärker auf einen diskursiven Kommunikationsstil, der auf kritischer (Selbst-) Reflektion und einem gewissen Maß an Sachlichkeit basiert (Barber 1996). Zugunsten einer breiten Palette unterschiedlicher Kommunikationsstile wird jedoch – im Gegensatz zu repräsentativ-liberalen Modellen – kein Stil prinzipiell abgelehnt.

Ein weiterer Unterschied zu repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsmodellen besteht darin, dass partizipatorische Ansätze skeptisch gegenüber einer Beendigung öffentlicher Debatten sind, da eine demotivierende Wirkung auf die Bereitschaft der Bürger befürchtet wird, sich weiterhin am politischen Prozess zu beteiligen. Stattdessen sollten diejenigen, die ihre Interessen bei einer Entscheidung nicht durchsetzen konnten, weiterhin aktiv für ihre bevorzugten Alternativen eintreten (vgl. Ferree et al. 2002a: 298).

### **1.2.3 Deliberative Modelle**

Die Darstellung deliberativer Demokratie- bzw. Öffentlichkeitstheorien beruht hier hauptsächlich auf den Arbeiten von Habermas als einem der einflussreichsten Vertreter dieser Richtung. Weitere Vertreter sind beispielsweise Gutmann und Thompson (1996) oder Etzioni (1996).<sup>13</sup> Der Unterschied zu partizipatorisch-liberalen Demokratietheorien ist nicht immer eindeutig und es gibt zahlreiche Überschneidungen. Während beide Ansätze einen offenen, unbeschränkten Zugang zur Öffentlichkeit proklamieren, legen deliberative Demokratietheorien vergleichsweise deutlich mehr Gewicht auf die Art und Weise der kommunikativen Auseinandersetzung innerhalb der Öffentlichkeit.

Habermas (1992) unterscheidet zwischen Routine-Operationen und Konfliktfällen im politischen System. Eine Vielzahl von Entscheidungs-Prozessen laufe aus rein pragmatischen

---

<sup>13</sup> Allerdings sehen insbesondere Guttmann und Thompson nicht die unbedingte Notwendigkeit, dass deliberativer Diskurs auf rationalen und logischen Argumenten beruhen muss. Deliberation könne in ihrem Sinne durchaus konsistent mit leidenschaftlichen und übertriebenen Kommunikationsstilen vereinbar sein. Zum einen könnten auch nicht-deliberative Methoden gerechtfertigt sein, wenn sie den Weg für Deliberation ebnen. Zum anderen müsse Deliberation nicht immer auf rationaler Argumentation im Sinne philosophischer Debatten basieren (vgl. Gutmann/Thompson 1996: 136).

und aus Gründen der Komplexitätsvermeidung nach etablierten Routinen im Kernbereich des politischen Systems ab.<sup>14</sup> Konfliktfälle, die sich insbesondere über normative Fragen entfalten, erfordern nach Habermas jedoch einen anderen Operationsmodus. In solchen Fällen dürfe sich die Diskussion nicht auf Akteure aus dem politischen Zentrum beschränken. Vielmehr müsse die Herstellung von Entscheidungen im Zentrum an die Meinungs- und Willensbildungsprozesse in der Peripherie rückgekoppelt werden.<sup>15</sup> In Anlehnung an eine von Peters (1993) entwickelte Modellkonstruktion des politischen Systems unterscheidet Habermas drei Akteurstypen nach politischem Zentrum, Inputperipherie und Outputperipherie. Das Zentrum setzt sich aus der politischen Verwaltung, der Regierung, dem Gerichtswesen, dem parlamentarischen Komplex und den Parteien zusammen. Die Outputperipherie umfasst Spitzenverbände, private Organisationen und Interessengruppen, die in regelungsbedürftigen, aber intransparenten gesellschaftlichen Bereichen in einem korporatistischen Sinne Koordinationsfunktionen erfüllen, gleichzeitig aber auch die Implementierung von Entscheidungen blockieren können. Auf der Inputseite der Peripherie befinden sich Verbände, die partikulare Interessen vertreten: Vereinigungen mit parteipolitischen Zielsetzungen, kulturelle Einrichtungen (z.B. Akademien oder Schriftstellerverbände), Kirchen und karitative Organisationen sowie ‚public interest groups‘ (Umweltschutz, Warentest, Tierschutz).<sup>16</sup>

Habermas geht davon aus, dass die Akteure der Inputperipherie am besten dazu in der Lage seien, gesellschaftliche Probleme zur Sprache zu bringen, politische Forderungen zu stellen und Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Dies gilt insbesondere für die Akteure der Zivilgesellschaft, die er definiert als

nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. (Habermas 1992: 443)

---

<sup>14</sup> „Gerichte fällen Urteile, Bürokratien bereiten Gesetze vor und bearbeiten Anträge, Parlamente verabschieden Gesetze und Haushalte, Parteizentralen führen Wahlkämpfe, Klienten nehmen Einfluss auf ‚ihre‘ Verwaltungen – und all diese Vorgänge laufen nach etablierten Mustern.“ (Habermas 1992: 432)

<sup>15</sup> Habermas grenzt sich durch seine Unterscheidung in Routine- und Konfliktfälle von radikalen Vorstellungen deliberativer Demokratie ab, die allen Entscheidungen einen Prozess öffentlicher Auseinandersetzung zugrunde legen wollen (vgl. Gerhards 1997: 5).

<sup>16</sup> Die Akteure des Zentrums werden wiederum nach ihrer Entfernung zur Input- bzw. Outputperipherie unterschieden (vgl. Habermas 1992: 430).

Diese Akteure konstituieren nach Habermas eine autochthone Öffentlichkeit im Gegensatz zu vermachteter Öffentlichkeit, die sich aus den Akteuren des politischen Zentrums und der Output-Peripherie zusammensetzt. Beide Akteursgruppen verfügten von Hause aus über Organisationsmacht, Ressourcen und Drohpotentiale. Dementsprechend träten diese vermachteten Akteure *vor* einem Publikum auf, um ihre politische Macht zu sichern. Demgegenüber bildeten und legitimierten sich autochthone Akteure aus der Öffentlichkeit *heraus*.

Ein weiterer zentraler Unterschied zwischen autochthoner und vermachteter Öffentlichkeit besteht in der Art der Kommunikation, die das Kernstück der Theorie von Habermas bildet. Öffentlichkeit solle nicht nur Probleme artikulieren und Themen setzen, sondern diskursiv gebildete rationale öffentliche Meinung hervorbringen, die zu rationalen politischen Entscheidungen führe.<sup>17</sup> Um dies leisten zu können, müssten öffentliche Kommunikationsabläufe eine diskursive bzw. deliberative Struktur aufweisen. Auseinandersetzungen über Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge sollten mit Argumenten ausgetragen werden, die den Anspruch auf eine kollektive Akzeptanz erheben könnten, da sie auf einer geteilten und vor allem zwanglos erzielten Überzeugung beruhe. Einwände und Kritik seien – genauso wie die Entkräftung von Kritik – jederzeit erlaubt. Voraussetzung hierfür sei ein respektvoller und höflicher Umgang, prinzipielle Gleichheit und Reziprozität unter den Beteiligten.<sup>18</sup> Die Beteiligten müssten ihre Dialogbereitschaft demonstrieren, indem Forderungen, Behauptungen und Meinungen auf überlegten und verständlichen Argumenten beruhen. Die Akteure sollten in ihrer eigenen Argumentation auch diejenige der anderen berücksichtigen und überzeugende Aspekte in die Weiterentwicklung der eigenen Meinung mit einbeziehen. Ansichten, die nicht geteilt werden, dürften nicht ignoriert, sondern müssten argumentativ entkräftet oder widerlegt werden. Auf diese Weise würde sich nach Habermas auf einem hohen Rationalisierungsniveau das bessere Argument durchsetzen – unabhängig von Status oder Macht seines Vertreters. Aus dieser autochthonen Öffentlichkeit heraus entstehe kommunikativ erzeugte legitime Macht. Demgegenüber sei das Ergebnis vermachteter Öffentlichkeit administrativ erzeugte Macht.

---

<sup>17</sup> „Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur ihrer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen *Qualität* ihrer Ergebnisse erfüllen kann. Deshalb bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatten die wichtigste Variable.“ (Habermas 1992: 369)

<sup>18</sup> „Kritik an Beiträgen eines Teilnehmers wird nicht verbunden mit Achtungsentzug oder anderen Formen der Sanktionierung; die Teilnehmer respektieren wechselseitig ihre persönliche Integrität. Kommunikationsformen, die (wie Manipulation oder Drohung) auf Überwältigung statt auf Überzeugung zielen, sind nicht zugelassen.“ (Peters 1994: 47)

Diese könne kaum Legitimität für sich beanspruchen, da sie internen und externen Zwängen aufgrund von Rollendefinitionen, Ideologien und Interessen unterläge, die ein freies Reden und die Prüfung von Normen auf ihre Legitimität hin verhinderten.

Im Gegensatz zu vielen partizipatorischen Ansätzen (z.B. Barber 1984) sieht Habermas nicht die Notwendigkeit, dass der öffentliche Diskursprozess in einer formalen Entscheidung mündet, die vom politischen Zentrum umgesetzt wird. Öffentlichkeit sieht er als ein

Warnsystem mit unspezialisierten, aber gesellschaftsweit empfindlichen Sensoren. Aus demokratietheoretischer Sicht muss die Öffentlichkeit darüber hinaus den Problemdruck verstärken, d. h. Probleme nicht nur wahrnehmen und identifizieren, sondern auch *überzeugend* und einflussreich thematisieren, mit Beiträgen ausstatten und so dramatisieren, dass sie vom parlamentarischen Komplex übernommen und bearbeitet werden. Zur Signalfunktion muss eine wirksame Problematisierung hinzukommen. Die beschränkte Kapazität zur *eigenen* Problemverarbeitung muss darüber hinaus für eine Kontrolle der weiteren Problembehandlung innerhalb des politischen Systems genutzt werden. (Habermas 1992: 435)

Autochthone Öffentlichkeit führe im Idealfall auf der Grundlage eines diskursiv geprüften Konsenses zum Abschluss einer Debatte. Zumindest sollte am Ende eine Art Arbeitskonsens stehen.<sup>19</sup> Zwar teilt die deliberative Demokratietheorie mit repräsentativ-liberalen Ansätzen die Ansicht, dass der Abschluss einer Debatte anzustreben sei. Allerdings darf es in deliberativer Sicht nur dann zum Abschluss einer Debatte kommen, wenn ein diskursbasierter Konsens erreicht wurde.

#### 1.2.4 Konstruktionistische Modelle

Unter konstruktionistischen Öffentlichkeitsmodellen werden im Folgenden nach Ferree et al. (2002a) Ansätze zusammengefasst, welche die sozial konstruierte Natur politischer Kommunikation und des politischen Prozesses in den Vordergrund stellen. Diese Ansätze betonen, dass bestehende Ordnungen und Kategorien in Frage gestellt werden müssen, um verschleierte Ungleichheit, Benachteiligung und Unterdrückung aufzudecken.<sup>20</sup> Im Gegensatz

---

<sup>19</sup> „Wegen ihres internen Zusammenhangs mit einer deliberativen Praxis begründet die Mehrheitsregel die Vermutung, dass die fallible Mehrheitsmeinung bis auf weiteres, nämlich bis die Minderheit die Mehrheit von der Richtigkeit ihrer Auffassung überzeugt hat, als vernünftige Grundlage einer gemeinsamen Praxis gelten darf.“ (Habermas 1992: 371)

<sup>20</sup> Konstruktionistische Ansätze sind im Rahmen poststrukturalistischer und postmoderner Wissenschaftsentwürfe angesiedelt. Soziale Wirklichkeiten werden als historisch-kulturell entwickelte Praxen postuliert, die in und mit

zu diskursiven Öffentlichkeitsmodellen wird aus einer konstruktivistischen Perspektive nicht davon ausgegangen, dass sich Diskurs und Macht voneinander trennen lassen. In der Tradition Michel Foucaults wird Diskurs als eine Machtpraxis verstanden, die außerhalb der formalen politischen Institutionen durch scheinbar neutrale Kategorien von Wissen und Expertise benutzt wird, um andere zu kontrollieren und um Individuen als politische Akteure zu konstruieren. Diskursergebnisse determinierten zukünftige Diskurse, da sie deren mögliche Bandbreite und Entscheidungen einschränkten. Dieser konstante Zusammenhang zwischen Diskurs und Macht ist das normative Kernelement konstruktivistischer Öffentlichkeitsansätze, die sich insbesondere aus der feministischen Theorie heraus entwickelt haben (Benhabib 1992; Fraser 1992, 1995a, b; Young 1996).

In der konstruktivistischen Konzeption muss Öffentlichkeit frei und für alle zugänglich sein. Vor allem dürfe sie sich nicht gegenüber dem vermeintlich Privaten verschließen. Die scharfe Trennung zwischen Politischem und Privatem verschleierte, dass die Machtverhältnisse quer durch diese Bereiche verlaufen und stelle nichts anderes als einen diskursiven Machtgebrauch dar. Die Unterscheidung zwischen dem alltäglichen Leben und der Politik führe dazu, dass gerade jene Sprecher ausgeschlossen würden, die die bestehenden Machtverhältnisse am besten benennen und in Frage stellen könnten, da sie ihnen im Privaten ständig ausgesetzt seien. Anstelle von Experten sollten in der Öffentlichkeit somit jene Gehör finden, die aus persönlichen Erfahrungen berichten können. Die geforderte Zugänglichkeit von Öffentlichkeit für alle Bürger ist eng verknüpft mit der Forderung nach Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Akteure und ihrer Standpunkte. Anstatt gemeinsame konsensfähige Werte im Vorhinein zu definieren, sollten die sozialen Unterschiede in Bezug auf die Erfahrungen und Identitäten der Akteure anerkannt, betont und akzeptiert werden. Erst aus diesem Erkennen und Akzeptieren des Anderen in seiner Andersartigkeit – ebenso wie durch

---

Sprache geschaffen werden. Sprache schafft Beziehungen und Bedeutungen, ohne eine ontologische Wirklichkeit vorauszusetzen. Soziale Wirklichkeit konstituiert sich bei und während der Koordination von Beziehungen, die in und durch Sprache konstituiert werden. Sprache hat ihren Ursprung nicht in individuellen mentalen Beziehungen, sondern ist ein Produkt wiederholter sozialer Praxen der Beziehungsgestaltung. „Damit wird die Vorstellung aufgehoben, dass Individuen ein bestimmtes, definitives oder gar vor-soziales Selbst haben und ersetzt durch die Vorstellung von vielfältigen ‚Identitäten‘, die im sozialen Handeln erschaffen werden. Diese Identitäten werden im gesellschaftlichen Sprach- und Beziehungsfeld immer wieder neu bestätigt, verändert oder verworfen und zwar durch die sprachlich geschaffenen sozialen Beziehungen. Gefühle, Gedanken, Motive und Handlungen werden daher nicht länger als das Produkt ‚einer‘ Person betrachtet. Sie werden vielmehr als sozial erschaffene Produkte begriffen, entstanden in (historischen) Bedeutungs- und Beziehungskonstruktionen.“ (Epstein 1999: 7) Während konstruktivistische Ansätze meist individualistische, kognitive Prozesse der Wirklichkeitsproduktion entwerfen, betont der soziale Konstruktivismus die korelationale Organisation von Bedeutungen: „social constructionism traces the sources of human action to relationships and the very understanding of ‚individual functioning‘ to communal interchange“ (Gergen 1994: 68).

das Erkennen des eigenen Ichs in seiner Andersartigkeit – sei der Dialog offen für alle Ideen, Meinungen und Möglichkeiten (Gurevitch 1988: 1189).

Im Gegensatz zu deliberativen Öffentlichkeitstheorien lehnen konstruktionistische Ansätze vordefinierte Diskursregeln ab, da diese unbewusst oder bewusst den Kreis der Teilnehmer einschränken, indem sie diejenigen ausgrenzen, die diese Regeln nicht kennen oder nicht beherrschen.<sup>21</sup> Beispielsweise sei die kommunikative Form der Erzählung (Narration) ein bevorzugtes Mittel von Laien, um ihre persönlichen Erfahrungen einzubringen. Dieser Form der Kommunikation wird von konstruktionistischen Ansätzen eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit zugeschrieben. Sie bilde eine direkte Verbindung zwischen der Lebenswelt und der politischen Sphäre, die die künstliche Trennung beider Bereiche unterlaufe. Erfahrungsberichte schaffen dadurch Gleichheit unter den Akteuren, da in Bezug auf ihre eigenen Erfahrungen alle Menschen Experten seien.

Konstruktionisten sehen den Sinn der Öffentlichkeit stärker darin, den politischen Raum unaufhörlich durch neue Ideen, Meinungen und Gruppen zu erweitern, als einen Konsens auszuhandeln, der die Debatte abschließt. Ein Konsens berge immer die Gefahr, Unterschiede zu überdecken, anstatt sie anzuerkennen. Um diesen Unterschieden adäquaten Raum zur Entfaltung und Artikulation zu geben und um das Entstehen neuer Ideen zu fördern, ziehen einige Konstruktionisten multiple, voneinander unabhängige Öffentlichkeiten der Vorstellung einer allgemeinen Öffentlichkeit vor. Fraser spricht in diesem Zusammenhang von „subaltern counterpublics“ als “parallel discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses to formulate oppositional interpretations of their identities, interests and needs” (Fraser 1992: 123).

---

<sup>21</sup> „The norms of deliberation privilege speech that is dispassionate and disembodied. They tend to presuppose an opposition between mind and body, reason and emotion. They tend falsely to identify objectivity with calm and absence of emotional expression (...). These differences of speech privilege correlate with other differences in social privilege. The speech culture of white, middle class men tends to be more controlled, without significant gesture and expression of emotion. The speech culture of women and racial minorities (...) tends to be more excited and embodied, more valuing the expression of emotion, the use of figurative language, modulation in tone of voice, and wide gesture.” (Young 1996: 123f.)

## 1.2.5 Unterschiede und Gemeinsamkeiten

In der Darstellung der unterschiedlichen Öffentlichkeitsmodelle wurden eine Reihe von Aspekten angesprochen, die zum Teil in allen Modellen von Bedeutung sind oder auch nur in manchen eine Rolle spielen. In Tabelle 1 werden die wichtigsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen demokratietheoretischen Öffentlichkeitsmodellen im Rückgriff auf die einzelnen Aspekte zusammenfassend dargestellt. Einfache Kreuze in der Tabelle 1 zeigen die Betonung eines Aspekts innerhalb des entsprechenden Öffentlichkeitsmodells an. Doppelte Kreuze markieren die Kernelemente der unterschiedlichen Konzeptionen. Striche verdeutlichen, dass das Modell einen Aspekt ablehnt und leere Felder, dass das Modell einem Aspekt indifferent gegenüber steht.

**Tabelle 1: Normative Kriterien demokratischer Öffentlichkeit in verschiedenen theoretischen Ansätzen**

	Repräsentativ-liberal	Partizipatorisch-liberal	Deliberativ	Konstruktivistisch
Elitendominanz	X X	-	-	-
Unbeschränkter Zugang	-	X	X	X
Responsivität	X	X	X	X
Meinungsvielfalt	X	X	X	X
Sachlicher, höflicher Umgang	X		X	
Deliberation	-		X X	
Empowerment	-	X X	X	X
Autoritärer Abschluss der Debatte	X	-	-	-
Diskursiver Konsens	-		X	-
Erweiterung des politischen Raums	-			X X

Für repräsentativ-liberale Modelle ist der wichtigste Aspekt der, dass die politischen Eliten die Öffentlichkeit dominieren. Im Gegensatz dazu betonen alle anderen Modelle einen allgemeinen und freien Zugang zur Öffentlichkeit. Allerdings hebt jedes Modell eine andere Gruppe hervor, bei der es besonders wichtig sei, dass ihr der Zugang zu Öffentlichkeit nicht verwehrt bleibe – ohne diesen Zugang im Gegenzug anderen Akteuren abzusprechen. So ist es für das deliberative Modell von besonderer Bedeutung, dass Akteure der äußeren Peripherie eine Rolle im öffentlichen Diskurs spielen. Partizipativ-liberale Modelle betonen in

ähnlicher Weise, dass Bürgerbewegungen und Basisgruppen eine feste Größe in der Öffentlichkeit darstellen sollten. Konstruktionistische Modelle legen darauf Wert, dass auch betroffene Individuen in der Öffentlichkeit mit ihren persönlichen Erfahrungen Gehör finden. Das Kernelement partizipativ-liberaler Öffentlichkeitsmodelle bildet das ‚empowerment‘ der Bürger bzw. ihre Ermutigung und Befähigung, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Für deliberative Öffentlichkeitsmodelle ist das ausschlaggebende Kriterium, dass sich Kommunikation in der Öffentlichkeit zwanglos, dialogisch, reziprok, rational, respektvoll, höflich und unabhängig von Macht und Status der Akteure gestaltet. In konstruktionistischen Konzeptionen soll eine demokratische Öffentlichkeit vor allem zu einer Ausweitung der politischen Gemeinschaft führen, indem künstlich geschaffene Trennungen des öffentlichen und des privaten Raums aufgehoben werden.

Nach Ferec et al. (2002a: 315ff.) kann man diese unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den verschiedenen Öffentlichkeitsmodellen auch dadurch auf den Punkt bringen, dass für repräsentativ-liberale Modelle die Frage am wichtigsten ist, wer Zugang zur Öffentlichkeit haben soll: die Eliten. Für partizipativ-liberale Modelle ist es hingegen ausschlaggebend, welche Prozesse durch Öffentlichkeit angestoßen werden: das ‚empowerment‘ der Bürger. Bei deliberativen Modellen steht im Vordergrund, wie in der Öffentlichkeit kommuniziert werden soll: diskursiv. Für konstruktionistische Modelle ist schließlich das angestrebte Ergebnis öffentlicher Diskurse entscheidend: die Erweiterung des politischen Raumes.

Bisher wurde dargestellt, wie sich die verschiedenen Theorien in ihren allgemeinen Öffentlichkeitsmodellen unterscheiden. Die Forderungen, die sich daraus in Bezug auf das spezifische System massenmedialer Öffentlichkeit ergeben, blieben unberücksichtigt.

In der Vorstellung repräsentativ-liberaler Modelle soll massenmediale Öffentlichkeit einen vertikalen Kommunikationskanal zwischen den Bürgern und den Repräsentanten darstellen. Die Medien sollten den Bürgern die notwendigen Informationen bieten, um ihnen die Beobachtung und Kontrolle der politischen Elite zu ermöglichen. Gleichzeitig müssten sie die Repräsentanten in der Gesellschaft über die vorherrschenden Interessen und Meinungen informieren. Die Berichterstattung solle objektiv und sachlich sein. Zwischen Meinungen und Fakten sei deutlich zu unterscheiden. Außerdem sei auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Pro- und Contra-Argumenten zu achten (vgl. Curran 1991: 29-32). Den Akteuren sollte soviel Aufmerksamkeit eingeräumt werden, wie es ihr Repräsentationsanspruch

legitimiert, der sich entweder aus dem Umfang des Wählermandats oder dem Umfang ihrer jeweiligen Mitgliederbasis ergibt.

Im Gegensatz dazu betrachten partizipatorisch-liberale Ansätze die Massenmedien nicht als einen vertikalen Kommunikationskanal zwischen Bürgern und politischen Repräsentanten, sondern als ein komplexes Zusammenspiel vertikaler, diagonaler und horizontaler Kommunikationskanäle zwischen Bürgern, kollektiven Akteuren und politischen Repräsentanten. Die Aufgabe massenmedialer Öffentlichkeit sei es in erster Linie, die Bürger zur aktiven Teilnahme am politischen Prozess zu mobilisieren. Hierzu müssten alle gesellschaftlichen Interessen berücksichtigt werden: „the goal is to establish structures of broadcasting in the public interest, free of both state intervention and commodification, which optimize diversity in terms of information, viewpoints and forms of expression, and which foster full and active citizenship“ (Dahlgren 1991: 11). In gemäßigeren Ansätzen sollten die Medien politisches Fehlverhalten aufdecken, Ungerechtigkeiten anprangern und den politischen Prozess selbst zum Gegenstand kritischer öffentlicher Auseinandersetzungen machen.<sup>22</sup> In radikaleren Ansätzen sollten die Medien aktiv die ungleiche Machtverteilung in der Gesellschaft bekämpfen, indem sie die geringeren Ressourcen und mangelnden Fähigkeiten schwächerer Gruppen bei der Verfechtung ihrer Anliegen gegenüber dominanten politischen Akteuren kompensieren. Anstelle der journalistischen Norm einer professionellen Objektivität im Sinne repräsentativ-liberaler Ansätze sehen partizipatorisch-liberale Ansätze die Notwendigkeit eines parteiischen, kritischen und investigativen Journalismus.<sup>23</sup>

Deliberative Ansätze sehen nach Habermas in heutigen massenmedialen Öffentlichkeiten primär den Ausdruck vermächterter Öffentlichkeit.<sup>24</sup> Diese sei durch die ökonomischen Zwänge der Medien bestimmt und würde durch die Inszenierungen professioneller Politikberater und Imageexperten getragen, die der Stabilisierung der bestehenden Strukturen dienen. Nach dem Verständnis deliberativer Politik dürfen die Medien jedoch gerade nicht in

---

<sup>22</sup> Vergleiche zum Folgenden Curran (1991: 29-35).

<sup>23</sup> „Disengagement encourages, it is argued, passive dependence on powerful institutions and groups as ‚accredited‘ sources; it fosters lazy journalism in which journalists fail to ferret independently for information and evaluate truth from falsehood; and, above all, the conventional stress on ‚hard news‘ and factual reporting disguises from journalists their own unconscious reliance on dominant frameworks for selection and making sense of the news.“ (Curran 1991: 32 )

<sup>24</sup> Habermas ist den Massenmedien als wichtigstem Katalysator politischer Öffentlichkeit gegenüber sehr kritisch eingestellt. Die monologische Struktur des Mediensystems und die typische Form der „one-to-many“-Kommunikation ist nach seiner Ansicht dem Entstehen deliberativer Kommunikationsformen abträglich, da diskursive, auf Rede und Widerrede aufgebaute Diskussionen in diesem Kontext kaum möglich sind und stattdessen ein Kommunikationsstil gefördert wird, der weniger auf Verständigung, als vielmehr auf Verlautbarung und Agitation ausgerichtet ist.

Übereinstimmung mit dem Machtzentrum Systembedürfnisse erfüllen, indem sie ihre Informationen allein aus dem politischen Zentrum beziehen. Vielmehr müssten sie Themen und Meinungen aus der gesellschaftlichen Peripherie öffentlich machen und in einen deliberativen Kommunikationszusammenhang bringen. Voraussetzung hierfür sei ein investigativer, unabhängiger und kritischer Journalismus.<sup>25</sup>

Konstruktionistische Ansätze betonen, dass massenmediale Öffentlichkeit allen gesellschaftlichen Gruppen ein Forum bieten müsse. Insbesondere sollten die Betroffenen selbst zu Wort kommen, um von ihren persönlichen Erfahrungen zu berichten. Die Medien dürften außerdem keiner künstlichen Trennung von Privatem und Öffentlichem unterliegen. Sie sollten vielmehr die Aufmerksamkeit gegenüber sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten schärfen, die sich hinter dem selbstverständlichen Gebrauch althergebrachter Kategorien verstecken und aktiv gegenseitiges Verständnis, Respekt und Akzeptanz fördern. Die ‚Mainstream-Öffentlichkeit‘ sei durch unabhängige, gruppen- und interessenspezifische Medienöffentlichkeiten zu erweitern, die eine freie und unbeeinflusste Bildung von Interessen und Identitäten ermöglichen.<sup>26</sup> Ein gewisser Grad an gegenseitiger Anschlusskommunikation sei jedoch nötig: „[T]o interact discursively as a member of public, subaltern or otherwise, is to aspire to disseminate one’s discourse to ever widening arenas“ (Fraser 1992: 124).

Will man abschließend versuchen, einen mehr oder weniger konsensfähigen Kern zwischen unterschiedlichen demokratietheoretischen Öffentlichkeitsmodellen zu formulieren, könnte man demokratische Öffentlichkeit beschreiben als *ein intermediäres kommunikatives System zwischen Bürgern, kollektiven Akteuren und politischen Repräsentanten, das in demokratischen Gesellschaften der Willens- und Meinungsbildung dient und die Kontrolle der*

---

<sup>25</sup> „In Übereinstimmung mit dem Konzept deliberativer Politik bringen sie [die Massenmedien, A.Z] eine einfache regulative Idee zum Ausdruck; die Massenmedien sollen sich als ein „Mandatar“ eines aufgeklärten Publikums verstehen, dessen Lernbereitschaft und Kritikfähigkeit sie zugleich voraussetzen, beanspruchen und bestärken; sie sollen ähnlich wie die Justiz ihre Unabhängigkeit von politischen und gesellschaftlichen Akteuren bewahren; sie sollen sich unparteilich der Anliegen und Anregungen des Publikums annehmen und den politischen Prozess im Lichte dieser Themen und Beiträge einem Legitimationszwang und verstärkter Kritik aussetzen. So soll die Medienmacht neutralisiert – und die Umsetzung von administrativer oder sozialer Macht in politisch-publizistischen Einfluss blockiert werden.“ (Habermas 1992: 457)

<sup>26</sup> „Perhaps the most striking example is the late-twentieth-century US feminist subaltern counterpublics, with its variegated array of journals, bookstores, publishing companies, film and video distribution networks, lecture series, research centers, academic programs, conferences, conventions, festivals, and local meeting places. In this public sphere, feminist women have invented new terms of describing social reality, including ‘sexism’, the ‘double shift’, ‘sexual harassment’ and ‘marital date’, ‘and acquaintance rape’. Armed with such language, we have recast our needs and identities, thereby reducing, although not eliminating, the extent of our disadvantage in official public spheres.” (Fraser 1992: 122)

*politischen Entscheidungsträger durch die Bürger ermöglicht. Dabei sollte demokratische Öffentlichkeit gekennzeichnet sein durch das Streben nach Legitimation, Responsivität und Verantwortlichkeit auf Seiten der politischen Akteure und nach Partizipation auf Seiten der Bürger.*

Wie sich dies im Einzelnen gestalten soll, wird in verschiedenen demokratietheoretischen Ansätzen ganz unterschiedlich beurteilt. Allerdings kann eine Grundbedingung demokratischer Öffentlichkeit identifiziert werden, die sämtliche vorgestellten Ansätze – mit Ausnahme des repräsentativ-liberalen – teilen (vgl. Tabelle 1): *Öffentlichkeit muss einen freien und gleichberechtigten Zugang für unterschiedliche Akteursgruppen aufweisen. Keine Gruppe darf in einer systematischen Weise ausgegrenzt oder hinsichtlich ihrer Möglichkeiten benachteiligt sein, Sichtbarkeit mit ihren Anliegen in der Öffentlichkeit zu erlangen.* Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, dann können auch die weitaus anspruchsvolleren Kriterien wie das ‚empowerment‘ der Bürger (partizipatorisch-liberale Ansätze), Deliberation (deliberative Ansätze) oder die Erweiterung des politischen Raumes (konstruktionistische Ansätze) nur schwerlich erfüllt werden. Dementsprechend ist ein unbeschränkter Zugang zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung demokratischer Öffentlichkeit im normativen Sinne.

Mit der Darstellung unterschiedlicher demokratietheoretischer Konzeptionen von Öffentlichkeit wurden für die hier vorliegende Untersuchung von Online-Öffentlichkeiten theoretische Vergleichsmaßstäbe präzisiert. Damit wurde ein erster Zugang auf deskriptiver Ebene geschaffen. Was allerdings noch fehlt ist ein Maßstab, der es ermöglicht, das Potential des Internet einzuschätzen, die Strukturen von Öffentlichkeit zu *verändern*. So könnte es beispielsweise sein, dass Online-Öffentlichkeit dem Kriterium eines gleichberechtigten Zugangs für unterschiedliche Akteursgruppen nicht gerecht wird. Es wäre allerdings auch möglich, dass Online-Öffentlichkeit diesem Anspruch *stärker* entspricht als herkömmliche mediale Öffentlichkeit. Insofern gilt es zunächst zu betrachten, wie herkömmliche mediale Öffentlichkeit strukturiert ist. Dabei ist es erforderlich, die Intentionen und Strategien unterschiedlicher Akteure innerhalb herkömmlicher medialer Öffentlichkeit herauszuarbeiten. So wird es möglich, in einem weiteren Arbeitsschritt zu bestimmen, inwieweit sich die Strukturen medialer Öffentlichkeit durch das Internet verändern könnten. Denn selbst wenn sich Öffentlichkeit über ein neues Medium konstituiert, so bleiben die Akteure doch

dieselben.<sup>27</sup> Durch diese handlungs- und akteurszentrierte Betrachtung soll ein Rahmen geschaffen werden, um mögliche Gründe für stattfindenden oder auch nicht stattfindenden Wandel von Öffentlichkeit durch das Internet bestimmen zu können.

---

<sup>27</sup> Die einzige Ausnahme stellen neu entstandene internetspezifische Akteure dar.